

EU-Konferenz:

Grünbuch Meerespolitik

Seite 5 ►



Küstenautobahn:

Widerstand wächst

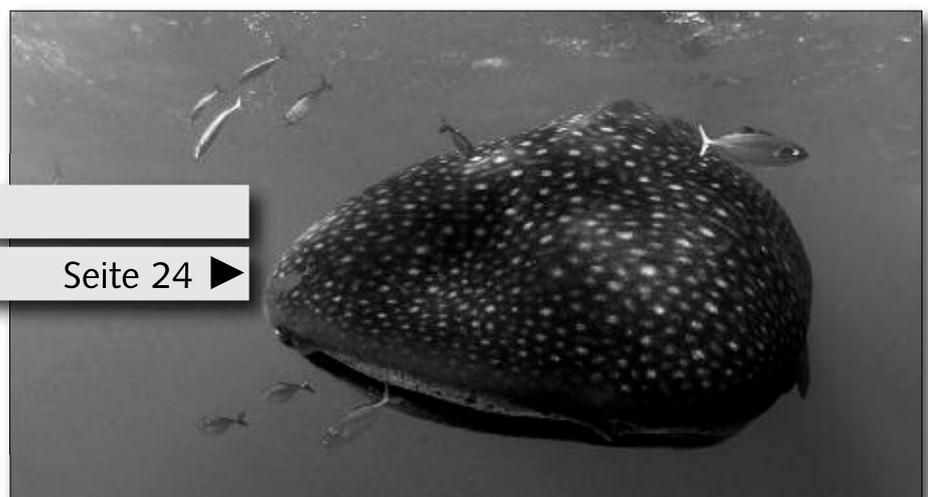
Seite 25 ►



Walhaie:

Datenbank hilft Art erhalten

Seite 24 ►



Die Munitionsaltlasten am Meeresgrund, die Pipeline und ein obskurer Verein

Schluss mit der Geheimniskrämerei!

Von Burkhard Ilschner

Was haben die Weltkriegs-Alliierten zu verbergen? – Seit Ende 2005 sind in Russland die landseitigen Arbeiten an der umstrittenen russisch-deutschen Gaspipeline quer durch die Ostsee im Gange. Die seeseitige Verlegung hat noch nicht begonnen, weil die vorgeschriebenen Projektfolgen-Untersuchungen noch ausstehen. Als Haupthindernis gelten vor allem die extrem gefährlichen Munitions-Altlasten auf dem Meeresgrund entlang der geplanten Trasse (1). Jetzt wurde bekannt, dass die USA und Großbritannien ein an sich 1997 – nach 50 Jahren – auslaufendes Geheimabkommen über die Giftgasverklappungen nach dem Zweiten Weltkrieg stillschweigend um 20 Jahre, bis 2017, verlängert haben sollen. Und auch die Russen sind nicht umfassend offen. Ohne detaillierte Informationen aber ist eine genaue Kartierung undenkbar, geschweige denn eine Bergung oder Entschärfung dieser Altlasten.

Es war der russische Reserve-Admiral Tengiz Borisov, der das angebliche Geheimabkommen Ende März auf einem Berliner Symposium ins Gespräch brachte. Ein gerade neu gegründeter Verein namens »International Institute of Ecological Safety for Baltic and Northern Seas« (2) mit Sitz in Berlin hatte deutsche und russische Experten für zwei Tage in einen Hörsaal der Charité geladen, rund 60 Interessenten waren dem Ruf gefolgt.

Vorrangig geht es, wie bereits berichtet, um das ehemals »North European Gas Pipeline« (NEGP) genannte und heute in »Nord Stream« umgetaufte Projekt, für das der »Putin-eigene« Konzern Gazprom gemeinsam mit den deutschen Firmen Ruhrgas (E.ON) und Wintershall (BASF) verantwortlich zeichnet. Die Pipeline soll von Wyborg (an der russisch-finnischen Grenze) ins vorpommersche Lubmin führen, vorbei an oder quer durch alle bekannten Risikogebiete der Ostsee hinsichtlich alter Seeminen oder versenkter Kampfmittel. Es geht um Hunderttausende von Tonnen konventioneller ebenso wie hochgiftiger chemischer Munition (Sengas, Tabun, Zyklon B und viele andere).

Eigentlich waren für den Sommer dieses Jahres jene Untersuchungen angekündigt, die Voraussetzung sind für den Start der Pipelineverlegung, insbesondere die Umweltverträglichkeitsstudie und die Prüfung nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie. Und großspurig hatte »Nord Stream« frühzeitig verkündet, man wolle selbstverständlich alle Rücksicht walten lassen hinsichtlich des Trassenverlaufs. Im Zweifelsfalle werde man um eventuelle Altlastengebiete einen Bogen schlagen. Große Worte, leere Worte: Wenn keine umfassenden Informationen vorliegen, ist und bleibt jede Röhrenverlegung auf dem

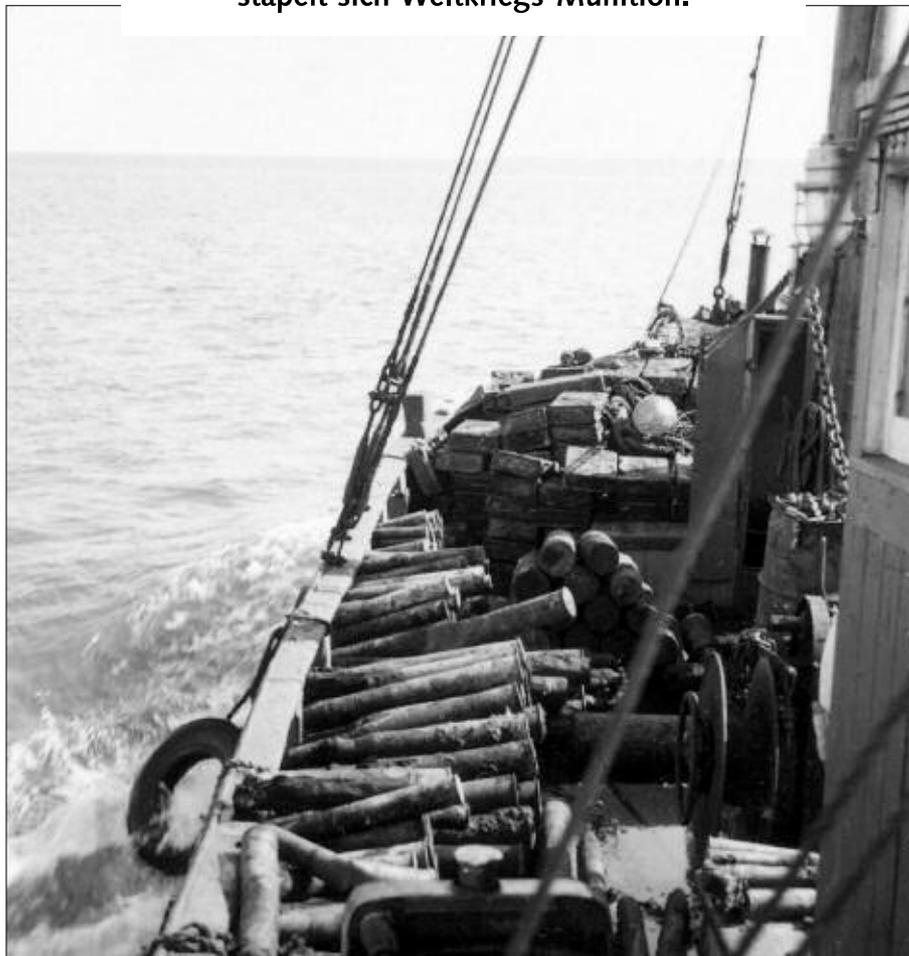
Meeresgrund eine Rechnung mit tödlichen Unbekannten.

Das Berliner Symposium konnte diese riskante Gleichung zwar mit Hilfe einiger informativer Beiträge drastisch verdeutlichen, hat insgesamt ihre Lösung aber kein Stück näher gebracht. Vielmehr entpuppte sich der Kongress als bald als eine recht skurrile Veranstaltung, die einem

sehr durchsichtigen doppelten Zweck diente: Erstens sprach die russische Seite sich selbst von Verantwortung für das Problem an sich frei (obwohl die Sowjetunion 1947/48 bis zu 45.000 Tonnen Kampfstoffmunition in der Ostsee versenkt hat und in späteren Jahren mehr als 300.000 Tonnen heimlich hinterhergekippt haben soll), nicht ohne immer wieder taktisch geschickt zu betonen, dass von »Schuld« nicht gesprochen werden dürfe. Zweitens dienten dieselben Fachleute das Knowhow des freigesprochenen Russland den so gebauchpinselten westlichen Staaten pflichteifrigst an zur kompetenten (und lukrativen) Problemlösung.

Tengiz Borisov, »Held der Russischen Föderation«, machte in genau diesem Sinne den Anfang, als er allen Giftmunitions-Beseitigern der vierziger und fünfziger Jahre bescheinigte, nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt zu haben, man sei nach damaligem Stand der Wissenschaft von nur geringen Risiken ausgegangen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, dass seine begleitenden Filmaufnahmen britische

An Bord eines Fischkutters der fünfziger Jahre stapelt sich Weltkriegs-Munition.



Marinesoldaten bei Munitionssprengungen zeigten – mit Schutzmasken. Selbstverständlich fand Tengiz Borisov, der Ende der Neunziger einen entsprechenden russischen Untersuchungsausschuss geleitet hatte, drastische Worte: Sein Angebot, Russland wolle die Risiken in Kooperation mit den anderen Staaten untersuchen und lösen, war nicht nur verknüpft mit der eindringlichen Warnung vor wirtschaftlichen Verlusten, sondern auch mit dem etwas zweifelhaften Vergleich, bei Nichtstun drohe eine Katastrophe vom Tschernobyl-Ausmaß.

Angreifbare Ergebnisse

Solche Überzeichnungen gab es während des Berliner Symposiums von russischer Seite immer wieder, das macht die Konferenzergebnisse teilweise angreifbar und somit ihre Wertung nicht unbedingt einfacher.

- Wenn etwa der Direktor des Zentrums für Biochronotherapie in Moskau, Viktor Borisov (3) berichtet, in Lettland eine drastische Zunahme von Magen-, Genital- und Hirnkrebs, auch bei Kindern, festgestellt zu haben und diesen durch Korrosion sich langsam auflösenden Giftgasgranaten am Meeresgrund zuschreibt, dann wird jeder, der die lettischen Umweltverhältnisse vor und nach dem Ende der Sowjetunion auch nur wenig kennt (4), mindestens den Kopf schütteln.
- Und wenn der Direktor des Gesundheitsforschungszentrums von St. Petersburg, Valery Chashchin, sich in seinem Referat über gesundheitliche Gefahren durch chemische Kampfstoffe in der Ostsee nahezu ausschließlich über PCBs und andere militärische oder industrielle Altlasten auslässt, trägt das auch nicht gerade zur Aufklärung des aktuellen Problems bei: Die Fehl- und Totgeburtsraten und Erkrankungen Schwangerer durch POPs – also giftige, besonders schwer abbaubare organische Verbindungen – im Raume Wyborg (Ausgangspunkt der geplanten Pipeline) auch nur indirekt mit Chemiekampfstoffen in Verbindung zu bringen, ist mindestens fahrlässig.

Selbstverständlich gehören Untersuchungen wie die letztgenannten ebenso in den Rahmen eines Kongresses über die ökologische Situation von Ost- und Nordsee wie etwa Risiken durch Schifffahrt, Industrieansiedlungen, Offshore-Anlagen und vieles andere mehr. Wenn aber ein Symposium all diese Themen ausklammernd sich auf die Frage der Giftkampfstoffe konzentriert und einzig mit Blick

auf dieses Problem politische Initiativen anstrebt, dann haben die POPs rings um Wyborg und anderswo nichts auf der Tagesordnung zu suchen. Wünschenswerter wäre es gewesen, sich etwa mit der Politik der HELCOM auseinanderzusetzen.

Diese Organisation, für den Ostseeraum von nicht weniger als elementarer Bedeutung, war nämlich auf der Berliner Konferenz überhaupt nicht vertreten. In Sachen Giftmunition steht HELCOM nicht gerade an der Spitze der Bewegung; die jüngsten ausgewiesenen Untersuchungen zu diesem Thema stammen aus der Mitte der neunziger Jahre (5) und münden in der Schlussfolgerung, eine Bedrohung der Küsten des HELCOM-Gebiets durch Chemiewaffenreste sei »unwahrscheinlich«. Im Übrigen wird bei HELCOM auf das noch laufende EU-Forschungsprojekt »Modelling of Ecological Risks Related to Sea-Dumped Chemical Weapons« (MERCW) verwiesen, an dem aktuell finnische, russische, lettische, dänische, deutsche und belgische Wissenschaftler beteiligt sind und von dem Ende dieses Jahres erste Ergebnisse zu erwarten sein sollen. Zwar informierte MERCW-Koordinator Tapani Stipa die Teilnehmer des Berliner Kongresses über den Stand des Projekts, aber darüber hinaus fand eine Auseinandersetzung mit der HELCOM-Politik in Sachen Giftmunition so gut wie nicht statt. Übrigens

waren auch Umweltverbände auf dem Kongress nicht vertreten.

Stattdessen wurden die Symposiumszuhörer zugeschüttet mit unterschiedlichsten Ideen und Konzepten, wie das Problem denn technisch anzugehen und zu lösen sei. Der Hannoveraner Ingenieur Rainald Häber empfiehlt Offshore-Plattformen zur Bergung und Entsorgung vor Ort, der Rheinmetall-Experte Baldur Stulgies präsentiert eine Abwandlung des bekannten Fuchs-Spürpanzers als »mobiles Detektionsgerät«, das allerdings nur an Land einsetzbar sei. Dafür kommt dann Tronje Schneider-Pungs von der Bremer Rüstungsschmiede Atlas-Elektronik mit einer Modifikation des »autonomen Unterwasserfahrzeugs ‚SeaOtter‘«, während Hans-Joachim Grimsel von der Munsteraner »Gesellschaft zur Entsorgung chemischer Kampfstoffe und Rüstungs-Altlasten« (GEKA) die hochwertige eigene Entsorgungsanlage anbietet. Problematisch sei hier nur die Anlieferung nach Bergung der Giftwaffen: Weil nämlich das seit 1997 geltende Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ) grenzüberschreitende Transporte strikt untersagt, müssten die gefährlichen Relikte des Zweiten Weltkrieges unbedingt in einem deutschen Hafen angelandet und dann nach Munster gebracht werden...

In einem Munitionslager warten alte Bomben und Granaten auf ihre Vernichtung.



Russisches Taktieren

Es ist übrigens sicher kein Zufall, dass ausgerechnet im Jahre 1997, bei Inkrafttreten des CWÜ, das Geheimhaltungsabkommen über die Entsorgung chemischer Kampfstoffe noch einmal verlängert worden ist. Es ist bedauerlich, dass außer der Erwähnung dieser Tatsache die Berliner Konferenz diesem Abkommen, seinen mutmaßlichen Inhalten und den notwendigen politischen Schritten zur Beendigung der Geheimniskrämerei keine weitere Beachtung schenkte. Zwar taucht die Kritik am Stillschweige-Abkommen – »unverantwortlich und gefährlich« – in der Schlusserklärung des Kongresses auf, aber das ist auch schon alles. Diese Form der Auseinandersetzung könnte, wenn Spekulationen erlaubt sind, darauf hindeuten, dass entweder die russische (ex-sowjetische) Seite selbst in irgendeiner Form an diesem Abkommen beteiligt gewesen ist – oder dass Moskau an politischem Druck auf die westlichen Geheimniskrämer kein wirkliches Interesse hat, weil es Gegendruck zur Offenlegung eigener Daten fürchtet.

Dreck am Stecken

Ob Skagerrak oder Atlantik, den bevorzugten Verklappungsgebieten der USA und der Briten, ob Bornholm oder Gotland, wo Sowjets und mutmaßlich auch Briten Kampfmittel entsorgt haben – alle Seiten haben Dreck am Stecken, alle Seiten mauern und alle Seiten sind bemüht, die jeweils Anderen an den Pranger zu stellen und dennoch die eigenen Geheimnisse zu bewahren: Ja, es wird sogar gemunkelt, dass die Verlängerung des besagten Abkommens nicht nur mit C-Waffen-Versenkungen, sondern auch mit heimlichen B-Waffen-Entsorgungsaktionen in Zusammenhang steht – hier könnte somit eine noch viel größere Bedrohung für Mensch und Umwelt gegeben sein.

Der Hörsaal der altherwürdigen Berliner Charité hat in seiner Geschichte schon viele bemerkenswerte Veranstaltungen gesehen. Hier tagte unter anderem die erste DDR-Volksskammer, hier fand die Wahl von Wilhelm Pieck zum ersten Präsidenten der DDR statt. Das Symposium über Munitionsaltlasten in Ost- und Nordsee Ende März war also nichts Herausragendes. Somit bleibt als Fazit nur das Bedauern, dass hier allzu durchsichtig das politische Geschäft von Gazprom, Nord Stream, Wladimir Putin (und, wenn man so will, Gerhard Schröder...) betrieben oder zumindest unterstützt wurde: Stark vereinfachend kann man feststellen, dass der Kongress ver-

Das laufende Verfahren in Sachen der Ostseepipeline »Nord Stream« mit allen Einwendungen und Stellungnahmen detailliert zu beschreiben, ist hier und jetzt leider unmöglich. Dennoch ist es zum besseren Verständnis des nebenstehenden Aufsatzes unerlässlich, ein paar Details zum weiteren Ablauf zu erläutern:

Das vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) sowie vom Bergamt Stralsund durchgeführte Scoping-Verfahren für den beantragten Pipelinebau ist vor einigen Wochen nicht öffentlich über die Bühne gegangen. Als Ergebnis des Scopings haben die Genehmigungsbehörden am 13. April 2007 den voraussichtlichen Untersuchungsrahmen für die Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) festgelegt. Die Planungsbehörden hatten sich dabei auseinanderzusetzen mit Stellungnahmen vor allem vom Bundesamt für Naturschutz, kommunalen Gebietskörperschaften, Umweltschutzorganisationen wie dem B.U.N.D., aber auch der Bundeswehr, die um ihre Schießübungsgebiete fürchtet.

Eigentlich hätte die UVS im Herbst dieses Jahres vorliegen sollen, Eingeweihte rechnen aber inzwischen nicht vor 2008 mit deren Fertigstellung; erst danach kann bekanntlich das Planfeststellungsverfahren beginnen. Für »Nord Stream« und seinen Haupteigner Gazprom soll das dem Vernehmen nach kein Problem darstellen, es heißt, man werde die Verzögerung in jedem Falle durch eine optimierte Bauleitplanung aufholen, 2010 solle wie angekündigt das erste Gas durch die Röhre fließen.

Wie sich das mit der zugesagten Rücksichtnahme beim Pipelinebau vor allem auf die Giftmunitionsreste verträgt, mag zwar rätselhaft sein. Aber wozu gibt es schließlich PR-Agenturen? »Nord Stream« soll die in der Branche renommierte Agentur Hill & Knowlton (Frankfurt/Berlin/München) beauftragt haben, die unter anderem auch für den »Nord-Stream«-Miteigner und BASF-Ableger Wintershall tätig ist.

Außerdem aber soll Gazprom und »Nord Stream« ein ausgebufftes taktisches Manöver gelungen sein: Für den Fall, dass man im Zuge des Pipelinebaus auf kritische Munitionsreste stößt, soll die Entscheidung über das weitere Vorgehen – sprengen, beiseite schieben oder einfach liegen lassen, in der Hoffnung das schon nichts passieren wird – den zuständigen Behörden überlassen bleiben. Geschickt: Der Zeitplan steht, der politische Druck, ihn einzuhalten, ist gegeben, die Behörden haben die sprichwörtliche Arschkarte – und »Nord Stream« steht, egal, was passiert, mit (vordergründig...) sauberen Händen da. (-bi-)

sucht hat, der geplanten Pipeline ein Stück ihres Weges zu bereiten.

Tatsache ist, dass die meisten der versenkten Giftgasgranaten nur wenige Millimeter Wandstärke haben. Die Korrosionsgeschwindigkeit der verwendeten Materialien mag je nach Geschossart und aktueller Umgebung unterschiedlich sein, es ist aber absehbar, dass die enthaltenen Gifte über kurz oder lang in die Meeresumwelt freigesetzt werden. Physische Belastungen durch Rücksichtslosigkeiten wie den Pipelinebau verträgt dieses Problem ebenso wenig wie weitere Geheimniskrämerei – und auch keine Eitelkeiten oder vordergründigen Ambitionen solch obskurer Einrichtungen wie des »International Institute of Ecological Safety for Baltic and Northern Seas«: Der Verein hat enge personelle und vielleicht auch organisatorische Verbindungen (oder Wurzeln?) in einem deutsch-russischen Bildungsbürgerverein namens »Berliner Salon« (7) – und in dem nach dem Kongress gebildeten »Expertenrat« zur Begleitung der weiteren Giftmunition-Entsorgungs-Debatte haben die Vertreter der russischen Seite, angeführt von einem offen

ausgewiesenen Putin-Berater, zusammen mit den Vereinsvorständlern die klare Mehrheit. Das Problem »Munitions-Altlasten« rückt damit einer schnellen, effektiven und auch objektiven Lösung kein Stück näher. ◀

Anmerkungen:

1. Nehring, Stefan, und Iltschner, Burkhard: Ostsee-Pipeline – ein explosives Vorhaben; in: WATERKANT 4 / 2005, Seite 21 ff.
2. Selbstdarstellung des Vereins siehe unter <http://www.baltic-safety.de/index.html>.
3. es ist nicht bekannt, ob die beiden Borisovs miteinander verwandt sind oder ob es sich um eine zufällige Namensgleichheit handelt: Die russisch-deutsche Simultanübersetzung war nicht nur in dieser Frage, sondern in vielen Details und während des gesamten Kongresses mehr als lückenhaft.
4. Iltschner, Burkhard: Bei Umweltschützern in Lettland – eine Reise voller Widersprüche; in: WATERKANT 4-5 / 1989, Seite 21 ff.
5. http://www.helcom.fi/environment2/hazsubs/en_GB/chemu/
6. <http://www.fimr.fi/en/tutkimus/muututkimus/mercw.html>
7. http://www.berliner-salon.de/de_index.htm